Deckel auf! Studierende öffnen Archivkartons

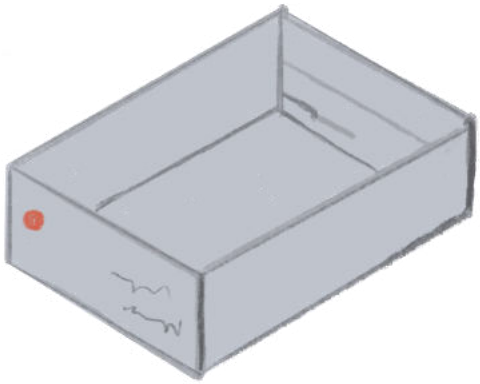
Geschichte(n) aus dem Kreis Schmalkalden: Vom Ersten Weltkrieg bis in die

Wann? **Donnerstag, 16.01.2025, 17:00-18:30 Uhr**

Wo? **Stadt– und Kreisbibliothek „Heinrich-Heine“, Kirchhof 4, 98574 Schmalkalden**

Eintritt ist kostenlos

Mit Hilfe der Archivarinnen aus dem Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden konnten Geschichtsstudierende aus Jena Archivkartons öffnen und lokale Geschichte(n) des 20. Jahrhunderts aus Schmalkalden und Umgebung entdecken.



Die ausgewählten Archivfunde wurden historisch ausgewertet und sollen in der Veranstaltung in Form von Postern vorgestellt werden.

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden

DIE PARLAMENTARISIERUNG IM OKTOBER 1918– WIE BERICHTETEN ZWEI SCHMALKALDER TAGESZEITUNGEN ÜBER DIE POLITISCHEN EREIGNISSE AM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGS?

Katharina Kraus

ENDE DES 1. WELTKRIEGES

Seit 1917 hatte die militärische Führung Deutschlands, die **Oberste Heeresleitung (OHL)**, einen so großen Einfluss auf die Politik, dass sie de facto die herrschende Gewalt in Deutschland darstellte. Die **Rolle des Reichskanzlers** war hingegen äußerst schwach. Im Herbst 1918 sah die militärische Lage des Deutschen Reiches schlecht aus und die OHL erkannte die Notwendigkeit von Waffenstillstandsverhandlungen. Diese wollte sie je-doch nicht selbst führen. Stattdessen wollte die OHL die Verhandlungen mit dem Kriegsgegner den **politischen Parteien** überlassen. Die Mehrheits-parteien (MSPD, Zentrum und FVP) stimmten der Regierungsbeteiligung aber nur unter folgenden Bedingungen zu: der Parlamentarisierung des Deutschen Kaiserreiches und einem Kanzlerwechsel. Da ersteres nicht mit Kanzler Hertling zu erreichen war, entschied sich Kaiser Wilhelm II. für Prinz Max von Baden als neuen Reichskanzler (03.10.1918), nachdem er den „Parlamentarisierungserlass" unterzeichnet hatte (30.09.1918).

Was bedeutet Parlamentarisierung?

Mit der Parlamentarisierung war der Reichskanzler mit seiner Regierung nun nicht mehr vom Kaiser, sondern **vom Vertrauen des Parlaments abhängig**. Außerdem kam das **Regierungskabinett aus dem Parlament** und war ihm nicht mehr gegenübergestellt. Das Staatsoberhaupt blieb aber der deutsche Kaiser.

Warum sind die geschilderten Ereignisse vergleichsweise unbekannt, aber wichtig?

Die Ereignisse im Oktober 1918 wurden durch die Novemberrevolution und die Abschaffung der Monarchie politisch irrelevant, weil ihre **Auswirkungen nur von geringer Dauer** waren. Allerdings haben sie als Vorgeschichte und Hintergrund der Novemberrevolution eine wichtige Bedeutung. Das Spannungsfeld zwischen Reform und Revolution ist gut zu erkennen, da die Reformen durch die Angst der Eliten vor einer Revolution zugelassen wurden. Auch für die Zeitgenossen ist der Oktober 1918 nicht zu unterschätzen, denn im Moment wurden die Reformen **als außergewöhnlich empfunden**. Das sieht man auch an der Berichterstattung in den Zeitungen (siehe dafür die herausgestellten Zitate rechts).

WAS IST UNSERE QUELLE?

Schmalkalder Tageblatt Das Schmalkalder Tageblatt ist in kurze, über-sichtliche Abschnitte gegliedert. Den Auftakt bildet der **„Amtliche Teil"**, der Bekanntmachungen und Verordnungen für die Bürger veröffentlicht. Darauf folgt der **„nichtamtliche Teil"** mit folgen-den Rubriken: „Der Krieg – Tagesbericht der deutschen Heeresleitung" und „Politische Rund-schau. Deutsches Reich."

Thüringer Hausfreund Der Thüringer Hausfreund bietet dagegen um-fangreichere Artikel, die oft mehr als eine Seite umfassen und widmet sich politischen Themen tiefgründig. So werden beispielsweise die **Ereignisse im Hauptausschuss des Reichstags** geschildert. Bürger können ausgewählte Reden des Kanzlers, Staatssekretären (vergleichbar mit den heutigen Bundesministern) und Parlamentariern im Wortlaut nachlesen. In der Rubrik **„Aus Nah und Fern"** finden sich für Schmalkalden und die Umgebung relevante Informationen. Diese ähneln inhaltlich dem „Amtlichen Teil" des Schmalkalder Tageblatts und umfassen unter anderem Meldungen über gefallene Soldaten „aus den amtlichen Verlustlisten", Beförderungen und Auszeichnungen, Hoch-zeiten und Jubiläen, Schulferien, Lebensmittel-verkauf und Preise für Lebensmittel, Verbrechen und andere lokal relevante Themen.

Die Zeitungen und der 1. Weltkrieg Die **Lage an den verschiedenen Kriegsschau-plätzen** wird in beiden Zeitungen detailliert be-schrieben. Die Kriegsberichte stützen sich auf In-formationen, die mit dem Kürzel **W.T.B.** abge-schlossen werden. W.T.B. steht für **Wolffs Tele-graphisches Bureau**, die erste deutsche Nachrichtenagentur, der ersten deutschen Nachrichtenagentur. Sie war vor allem für lokale Zeitungen wichtig. Ihre Meldungen waren im 1. Welt-krieg regierungstreu verfasst.

Schmalkalder Tageblatt
Amtlicher Anzeiger für den Kreis Herrschaft Schmalkalden.
Unser Wahrzeichen
Das Vertrauen des Volkes.

„Der Reichstag ist es, **der jetzt unsere Regierung zu stellen hat**, nicht mehr Kaiser und Bundesrat, und er hat infolgedessen selbstver-ständlich auch das Re-gierungsprogramm zu bestimmen, nach dem wir weiterhin geführt werden sollen. Das mag vielen unter uns ein sehr unbehaglicher Gedanke sein. Aber jetzt gilt es zu handeln, nicht zu hadern, und wer es gut meint mit seinem Vater-land, kann nur wünschen, dass das Experiment gelingen möge."

Die Titelseite des *Schmalkalder Tage-blatts* vom 2. Oktober 1918 Aus: Schmalkalder Ta-geblatt L-79a Inv.-Nr.

Thüringer Hausfreund
Schmalkalder Anzeiger
für Stadt und Land
Der neue Reichskanzler.
Große feindliche Angriffe gescheitert.

„Der **3. Oktober** wird für immer ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des deutschen Volkes bleiben, denn er hat die Verwirklichung dessen gebracht, (…), dass das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeite, **dass Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen sollen an den Rechten und Pflichten der Regierung**."

Die Titelseite des *Thüringer Hausfreunds* vom 4. Oktober 1918 Aus: Thüringer Hausfreund Schmalkalder Anzeiger L-13a Inv.-N. 2141

Ein Zeitungsartikel ist sehr nah dran am (politischen) Tagesgeschehen. Mit zeitlichem Abstand erfährt man, wie zeitgenössische Journalisten und andere über aktuelle Ereignisse dachten und welche Informationen ihnen zur Verfügung standen. Dabei muss der Einfluss **der Herrschenden auf die Berichterstattung** berücksichtigt werden, um beurteilen zu können, wie wahrheitsgetreu geschrieben wurde. Darum haben Zeitungen einen limitierten Aussagewert über lange historische Prozesse. **Fachliteratur** ist bei der Kontextualisierung von Quellen unerlässlich.

OFFENE FRAGEN UND LÜCKEN

Was dachten die Menschen beim Lesen der Zeitung? Wurden bestimmte Nachrichten ausgelassen?

Literatur:

Gerwarth, Robert, Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018.

Huber, Ernst Rudolf, Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Bd. 5, Stuttgart 1992 .

Schönberger, Christoph, „Die Überholte Parlamentarisierung: Einflussgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich", In: Historische Zeitschrift 272, 3, 2001, 623–666.

Potthoff, Heinrich, „Der Parlamentarisierungserlass vom 30. September 1918", In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 20, 3, 1972, S. 319–32.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden

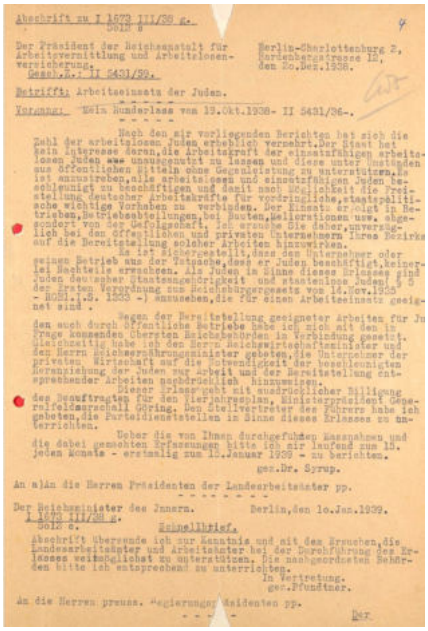
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung

Layout: Vorname Name, nach einer Vorlage der Abteilung Hochschulkommunikation

Geheime Anordnungen von 1938/39 der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Zwangsarbeit von Juden im „geschlossenen Arbeitseinsatz“ um 1938/39

Isabell Schulz



Abschrift zu I 1673 III/38 g.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstrasse 12, den 20.Dez.1938.

Gesch.Z.: II 5431/38.

Betrifft: Arbeitseinsatz der Juden.

Vorgang: Mein Runderlass vom 19.Okt.1938- II 5431/38-.

Nach den mir vorliegenden Berichten hat sich die Zahl der arbeitslosen Juden erheblich vermehrt. Der Einsatz bei allen Interesse daran, die Arbeitskraft der einsatzfähigen arbeitslosen Juden nicht ungenutzt zu lassen und diese unter Umständen aus öffentlichen Mitteln ohne Gegenleistung zu unterstützen. Es ist anzustreben, alle arbeitsfähigen und einsatzfähigen Juden beschleunigt zu beschäftigen und damit nach Möglichkeit die Freistellung deutscher Arbeitskräfte für vordringliche, staatspolitische wichtige Vorhaben zu verbinden. Der Einsatz erfolgt in Betrieben, Betriebsabteilungen, bei Bauten, Meliorationen usw., abgesondert von der Gefolgschaft. Ist erforderlich, die Juden unverzüglich bei den öffentlichen und privaten Unternehmern ihres Bezirks auf die Bereitstellung solcher Arbeiten hinzuwirken.

Es ist sicherzustellen, dass den Unternehmer oder seinen Betrieb aus der Tatsache, dass er Juden beschäftigt, keinerlei Nachteile erwachsen. Als Juden im Sinne dieses Erlasses sind Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlose Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.Nov.1935 - RGBl.I. 1333 -) anzusehen, die für einen Arbeitseinsatz geeignet sind.

Wegen der Bereitstellung geeigneter Arbeiten für Juden auch durch öffentliche Betriebe habe ich mich mit den in Frage kommenden Obersten Reichsbehörden in Verbindung gesetzt. Gleichzeitig habe ich den Herrn Reichswirtschaftsminister und den Herrn Reichsverkehrsminister gebeten, die Unternehmer der privaten Wirtschaft auf die Notwendigkeit der bevorzugten Heranziehung der Juden zur Arbeit und der Bereitstellung entsprechender Arbeiten nachdrücklich hinzuweisen.

Dieser Erlass geht mit ausdrücklicher Billigung des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, den Stellvertreter des Führers habe ich gebeten, die Parteidienststellen im Sinne dieses Erlasses zu unterrichten.

Ueber die von Ihnen durchgeführten Massnahmen und die dabei gemachten Erfahrungen bitte ich mir laufend zum 15. jeden Monats - erstmalig zum 15.Januar 1939 - zu berichten.

gez.Dr. Syrup.

An sämtliche Herren Präsidenten der Landesarbeitsämter pp.

Der Reichsminister des Innern. Berlin, den 1o.Jan.1939.

I 1673 III/38 g.

Golz e.

Schnellbrief.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und mit dem Ersuchen, die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter bei der Durchführung des Erlasses weitgehend zu unterstützen. Die nachgeordneten Behörden bitte ich entsprechend zu unterrichten.

In Vertretung.
gez.Pfundtner.

An die Herren preuss. Regierungs-Präsidenten pp.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Geheime Anordnungen, Nachweis über Arbeitseinsatz der Juden 1938, S. 4.

Was steht in der geheimen Akte vom 20.12.1938?

Überblick

Bei dem Dokument handelt es sich um eine Abschrift des Schreibens betreffs des „Arbeitseinsatz[es] der Juden“, veranlasst von Friedrich Syrup. Das Schreiben folgt auf den Vorbereitungserlass vom 19. Oktober 1938, in dem angeordnet wurde, alle bei den Arbeitsverwaltungen gemeldeten erwerbslosen Juden bis Ende des Monats zu erfassen.

Die hier betrachtete Quelle gewährt einen Einblick in die beginnende Organisation von sogenannten „geschlossenen Arbeitseinsätzen“, wie sie ab 1938 im „Dritten Reich“ verbreitet waren.

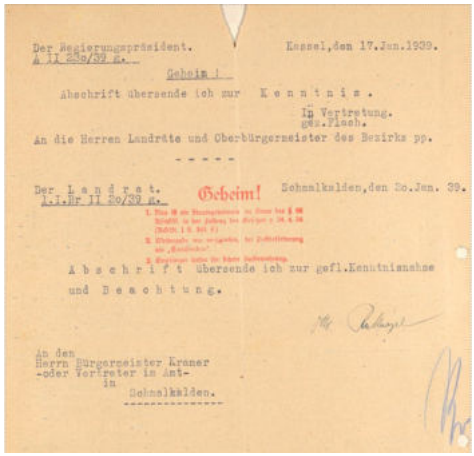
Historischer Kontext

Der „allgemeine Arbeitseinsatz“, eine zwangsweise Nutzung „der Arbeitskraft des Volkes,“ besteht seit 1933, verlief jedoch ohne gesonderte Berücksichtigung jüdischer Bevölkerung. Hintergrund hier von ist die bis Herbst 1938 anhaltende Priorisierung der Entrechtung und Vertreibung deutscher Juden. Mit der „Angliederung“ Österreichs im Sommer 1938 stellte sich hingegen die Frage, was mit den zur Emigration unfähigen, weil verarmten Juden passieren sollte. Noch kurz vor Syrups Runderlass sowie Monate danach bestand Unsicherheit darüber, wie die „Einsätze“ umzusetzen seien.
So hatte „schikanöse Behandlung“ bis Mitte Dezember 1938 „zu unterbleiben.“ Weiters entschieden die Behörden unter Berücksichtigung sonst erwartbarer Reaktionen aus dem Ausland, zunächst lediglich erwerbs-, vermögenslose und sozialunterstützte Juden einzusetzen.

Inhalt der Quelle

Friedrich Syrup schreibt von der Vielzahl der „arbeitslosen und einsatzfähigen Juden“ und von dem Unwillen des Staates, deren Potential als Arbeitskräfte „unausgenutzt zu lassen.“ „Nach Möglichkeit [soll durch den Arbeitseinsatz] die Freistellung deutscher Arbeitskräfte für staatspolitische wichtige Vorhaben“ erreicht werden. Juden werden also „abgesondert von der [deutschen] Gefolgschaft“ die erzwungene Arbeit verrichten. Betroffen sind gem. § 5 I. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935) Juden dt. Staatsangehörigkeit und staatenlose Juden.

Ohne rechte Handlungsanweisung bittet Syrup um die „Bereitstellung geeigneter Arbeiten für Juden“ und leitet sein Anliegen an die Obersten Reichsbehörden weiter. Die übrigen Korrespondenten illustrieren ein Diffundieren des Erlasses durch die verschiedenen Stufen der Hierarchie.



Der Regierungspräsident. Cassel, den 17.Jan.1939.
A II 259/39 g.

Geheim!

Abschrift übersende ich zur Kenntnis.
In Vertretung.
gez.Pfaeh.

An die Herren Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks pp.

Der Landrat. Geheim! Schmalkalden, den 20.Jan. 39.
I.A.Nr II 20/39 g.

Abschrift übersende ich zur gefl.Kenntnisnahme und Beachtung.

An den
Herrn Bürgermeister Kramer
-oder Vertreter im Amt-
in
Schmalkalden.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Geheime Anordnungen, Nachweis über Arbeitseinsatz der Juden 1938, S. 5.

Der Weg nach Schmalkalden

Insgesamt schreitet die Abschrift die Hierarchisierung des NS-Staatsapparates ab, hier von der „Reichshauptstadt“ Berlin bis in den „Mustergau Thüringen.“
Einige Zeit nach dem postalischen Verlassen von Syrups Büro, trifft das Schreiben Anfang des Jahres 1939 beim Landrat von Schmalkalden, Otto Recknagel (1897-1983), ein. Hier ergibt sich endlich ein Berührungspunkt zum Gegenstandsbereich des Seminars: Durch Recknagel wird der Erlass, „zur gefliss. Kenntnisnahme und Beachtung […] [a]n den Herrn Bürgermeister Kramer -oder Vertreter im Amt- in Schmalkalden“ übersendet.

Welche Fragen bleiben unbeantwortet?

Welche Einsatzorte und -konditionen waren in den einzelnen Phasen charakteristisch?
Seit wann und auf welche Weise wurden vom NS-Staat juristische Sonderbestimmungen für diese Verfolgungsmaßnahme entwickelt?
Wie war das Verhältnis zwischen dem Reichssicherheitshauptamt und der Arbeitsverwaltung in Bezug auf den Zwangseinsatz?
Was war die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zwangseinsatzes der Juden? (Hieran knüpft auch die Frage nach der Irrationalität der NS-Vernichtungspolitik.)

Literatur- und Quellen
Adler, H. G.: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
Gruner, Wolf: „Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943“, Berlin 1997.
Sauer, Paul (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1943, Teil I und II, Stuttgart 1966.
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Geheime Anordnungen, Nachweis über Arbeitseinsatz der Juden 1938, S. 4-5.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

DIE GESCHICHTE EINES „HALBJUDEN“ ZUR NS-ZEIT IN SCHMALKALDEN

Ein Zeitzeugenbericht von Dr. Werner Holland-Cunz

Fanny Türk

Im Jahre 1934 erfolgte die Einschulung in die Schmalkalder Knabenschule in der Renthofstraße. Dort, sowie auch in der Stadt, forderten Plakate und Zeitungen zu eindeutigen Aufrufen auf. So stand z. B. geschrieben: "Die Juden sind unsere Feinde." In vielen einheimischen Verkaufsläden war auf Emailleschildern zu lesen:"Unser Gruß Heil Hitler, Juden unerwünscht."
1938 wechselte er zum Staatlichen Realreformgymnasium in der Hagenstraße1 (heute Geschwister Scholl-Straße), der späteren "Oberschule für Jungen" gemäß eines Zeugnis-Briefkopfes. Mädchen wurden dort nur geduldet. So gab es in einer Klasse von 40 Schülern nur 3 Mädchen. Wegen der Diskriminierung durch Schüler und Lehrer fühlte er sich in eine "trübe Zeit" versetzt. So gab es u. a. hämische Anspielungen der Lehrer im Unterricht. So z. B. in Biologie auf die NS-Rassenlehre zur "Erbgesundheit".
Als einziger Schüler mit jüdischer Verwandtschaft beschimpften ihn viele Mitschüler als "Halbjuden."

Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI.5-048, Ausschnitt aus S. 1.

Im gleichen Jahr 1942 mußte Werner Holland-Cunz die Schule verlassen. Dies geschah im Fach Kunstunterricht mit den Worten des Lehrers: " Holland-Cunz, du gehst nach Hause und brauchst nicht wiederzukommen."
Er bekam zunächst auf Grund seiner Herkunft keine Lehrstelle und sein Vater machte sich deshalb große Sorgen. Schließlich nahm ihn als kaufmännischen Lehrling Hermann Fuckel, ein Nazigegner der Schmalkalder Exportfirma Heinrich Fuckel. Der Lehrbeginn war im April 1943.
Während der Lehrzeit gaben ihm nach der Arbeit abends drei Schmalkalder Lehrer Privatstunden. Darunter befand sich auch ein Mitglied der NSDAP. Unterrichtet wurde in den Fächern Mathematik, Physik, Latein, Englisch und Deutsch.

Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI.5-048, Ausschnitt aus S. 2.

WIE VERHIELTEN SICH DIE SCHMALKALDER BÜRGER GEGENÜBER BÜRGERN MIT VERMEINTLICH JÜDISCHER „ABSTAMMUNG“?

Was ist die Quelle?

Die Quelle entstand im Zuge eines Schülerprojekts 1999/2000 und zeigt einen Zeitzeugenbericht von Dr. Werner Holland-Cunz über seine Zeit im NS-Staat. Der Bericht ist im Rahmen eines Interviews entstanden.

Er berichtet hierbei über seine schulische Laufbahn, in welcher er viel Antisemitismus erfahren musste, bis er 1942 die Schule nicht mehr besuchen durfte. Danach konnte er nur bei einem Gegner des NS-Regimes eine Lehrstelle finden und abends von freiwilligen Lehrern zusätzlichen Unterricht erhalten.

Weiterhin beschreibt er die Erlebnisse seiner Familienmitglieder in der Pogromnacht 1938 und die sich daraus ergebenen Konsequenzen, da nach diesem Ereignis das Leben der Juden enorm eingeschränkt wurde, indem z.B. seine Mutter und Großmutter keine Gaststätte mehr besuchen durften.

Zum Schluss geht er auf die Schicksale seiner Familienmitglieder ein. Seine Großmutter wurde 1942 deportiert und an das KZ Theresienstadt überstellt. Vermutlich ist sie daraufhin auf dem Weg nach Auschwitz verstorben. Auch sein Vater und Werner Holland-Cunz selbst wurden im Herbst 1944 in ein Außenlager des KZ Buchenwald deportiert und kamen danach in ein Zwangsarbeitslager, von dem sie erst nach der Befreiung durch die US-Truppen wieder nach Schmalkalden zurückkehren konnten.

Quelle:
Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI.5-048.

Literatur:
Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999.
Moeglin, Karine: Die Jüdische Gemeinde Schmalkaldens zwischen Existenz und Nichtexistenz in der Zeit von 1812-2000, Schmalkalden 2022.
Pappenheim, Kurt: Die jüdische Gemeinde Schmalkalden und ihr Ende im Holocaust, Suhl 1999.

Beteiligung oder Widerstand gegen die NS-Ideologie?

1. Beteiligung an der NS-Ideologie

Man kann in der Quelle lesen, dass Dr. Werner Holland-Cunz mit viel antisemitischer Diskriminierung in seiner Jugend im NS-Staat konfrontiert wurde. In der Schule stellten sich sowohl Schüler, als auch Lehrer gegen ihn und beschimpften ihn, bis er 1942 die Schule nicht mehr besuchen durfte. Er konnte anfangs aufgrund seiner „halbjüdischen“ Herkunft keine Lehrstelle finden. Es gab demnach einige Schmalkalder Bürger, die der NS-Ideologie treu und stolz folgten.

2. Widerstand gegen die NS-Ideologie

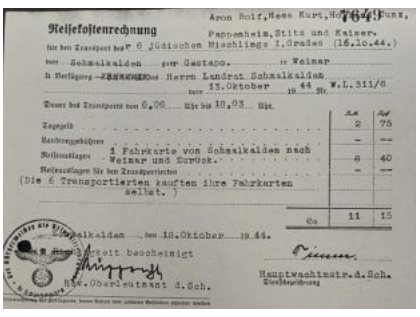
Dennoch gab es nicht nur Anhänger des Nationalsozialismus und dieser Ideologie in Schmalkalden, sondern ebenfalls Personen, die sich dagegen stellten und Dr. Werner Holland-Cunz trotz seiner „halbjüdischen Abstammung“ halfen. Zum Beispiel fand er bei einem Gegner des NS-Regimes aus Schmalkalden eine Lehrstelle und es gab einige Lehrer, die sich bereit erklärten, ihm abends Unterricht zu erteilen.

Welche Fragen bleiben offen?

- Was passierte mit den Personen, die Werner Holland-Cunz halfen?
- Was geschah mit den Personen, die für die antisemitische Diskriminierung Werner Holland-Cunz´ verantwortlich waren, nachdem die Besatzungsmächte eintrafen?
- Wie viele Personen lebten noch in Schmalkalden, die sich offensichtlich gegen die Ideologie des Regimes stellten?

Werner Holland-Cunz und seine Familie im Auge der Nürnberger Gesetze

Dr. Werner Holland-Cunz wurde in eine Familie geboren, in der weder sein Vater, noch seine Mutter das Judentum praktizierten, sondern dem christlichen Glauben angehörten. Seine Großeltern mütterlicherseits, Irene und Fritz Gumprich, waren jedoch „volljüdisch“ und praktizierten das Judentum in Schmalkalden, weswegen Dr. Werner Holland-Cunz als „jüdischer Mischling 1. Grades“ eingestuft wurde. Laut den Nürnberger Gesetzen galt jeder, der ein „volljüdisches“ Großelternpaar besitze, als ein „Mischling 1. Grades“, auch wenn diese Nachkommen das Judentum nicht praktizierten oder sogar dem evangelischen Glauben angehörten. Sie galten daher als „mindere Rasse“ und waren der antisemitischen Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.


Reisekostenrechnung

Reisekostenrechnung für die Fahrt zur Gestapo Zentrale nach Weimar von 6 „jüdischen Mischlingen“ (darunter auch Werner Holland-Cunz), Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, V.1.4.-Nr. 34.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte

Akademie für Lehrentwicklung

EIN „OSTARBEITER“ ERINNERT SICH AN DIE SCHMALKALDER

Lew L. Kolosows Zeitzeugenbericht über seine Erfahrungen als sowjetischer Zwangsarbeiter in Schmalkalden 1944/45

Elsa Hartz

DER ZEITZEUGENBERICHT

In dem Zeitzeugenbericht schilderte Lew L. Kolosow 2001 seine Erfahrungen als sowjetischer Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg bei der Werkzeugfirma Gebrüder Heller in Schmalkalden. Wieland Jung, Projektkoordinator des Schülerprojekts „Schmalkalder Lokalgeschichte 1924–1948“, stellte dem 69-Jährigen elf Fragen per Mail, die Bertel Werner aus dem Russischen übersetzte.

Kolosow war 12 Jahre alt, als er mit seiner Familie aus dem heutigen Belarus zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurde. Er berichtete über die Deportation, die Unterkunft in einer eingezäunten, bewachten Baracke, die schlechte Versorgungslage und über die Arbeit bei Gebr. Heller.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Persönliche Einzeldokumente V.3. Nr. 85 (Lew L. Kolosow), Bl. 1.

LEW L. KOLOSOW

Lew L. Kolosow wurde im Juli 1944 als 12-Jähriger mit seinen Eltern und seiner Schwester aus Luninez im heutigen Belarus nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportiert. Als „Ostarbeiter“ arbeitete er bis Kriegsende beim Werkzeughersteller Gebrüder Heller in Schmalkalden.

Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion stand er wie viele ehemalige Zwangsarbeiter*innen unter dem Generalverdacht der Kollaboration mit den Deutschen und durfte erst nach Stalins Tod studieren. Erst mit dem Ende der Sowjetunion begann Kolosow offen über seine Zeit als Zwangsarbeiter zu sprechen. Mehrfach besuchte er Schmalkalden.

Kolosow schickte dem Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden mehrfach Zeitungsartikel und persönliche Dokumente. Foto von Elsa Hartz. Briefe aus: Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Persönliche Einzeldokumente V.3. Nr. 84-087 (Lew L. Kolosow).

Layout Elsa Hartz, nach einer Vorlage der Abteilung Hochschulkommunikation

ZWANGSARBEIT IM ZWEITEN WELTKRIEG

Mit solchen Aufnähern mussten sich die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen kennzeichnen. Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Persönliche Einzeldokumente V.3. Nr. 85 (Lew L. Kolosow),

Um den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel auszugleichen, deportierte das NS-Regime über 13 Millionen ausländischer Zwangsarbeiter*innen ins Deutsche Reich. Besonders sowjetische Zwangsarbeiter*innen, sogenannte „Ostarbeiter“, galten als „rassisch minderwertig“ und wurden besonders schlecht behandelt. Die NS-Führung versuchte mit strengen Verordnungen, Kontakte zwischen Deutschen und „Fremdarbeitern“ zu verhindern. Propagandistisch geschürte Ängste sowie rassistische und antibolschewistische Einstellungen führten dazu, dass die deutsche Bevölkerung dem Leid der Zwangsarbeiter*innen weitgehend gleichgültig gegenüberstand.

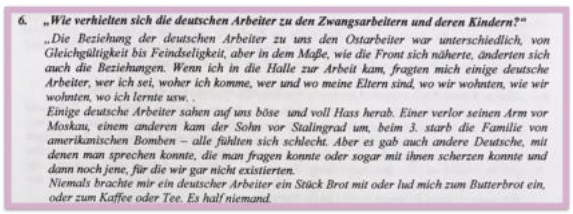
WAS KANN DIE QUELLE NICHT?

Bei der Quelle handelt es sich um eine Zeitzeugenbefragung, in der Lew L. Kolosow sich an seine über 50 Jahre zurückliegende Zeit als Zwangsarbeiter erinnert. Die Quelle kann uns daher nicht vermitteln, „wie es wirklich war“, als sowjetischer Zwangsarbeiter mit den Schmalkalder Bürger*innen in Kontakt zu treten. Vielmehr sind seine Aussagen als **subjektive Erzählung** über seine Erinnerungen zu verstehen.

WIE ERINNERTE SICH LEW L. KOLOSOW AN DIE KONTAKTE MIT DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG?

In der Befragung berichtete Kolosow unter anderem von seinen Kontakten zur deutschen Bevölkerung und zu den anderen Zwangsarbeiter*innen. Die Beziehungen zu den Zwangsarbeiter*innen beschrieb er durchgehend positiv und geprägt von „der gegenseitigen Unterstützung, der Hilfsbereitschaft, der Solidarität, Verantwortungsgefühl und Freundschaft“.

Die Kontakte zur deutschen Bevölkerung bewertete er hingegen unterschiedlich: Einige der deutsche Arbeiter*innen seien den „Ostarbeitern“ **feindselig** begegnet, andere **gleichgültig** und wieder andere **zeigten Interesse** an seiner Herkunft und seinem Leben in Deutschland. Mit manchen habe er sogar Späße machen können. Die Haltung der deutschen Arbeiter*innen ihm gegenüber hing nach seinen Aussagen auch vom Frontverlauf und von persönlichen Verlusten durch den Krieg ab. Geholfen habe ihm jedoch niemals jemand - auch nicht durch das heimliche Zustecken von Nahrung. Damit widersprach er dem in Deutschland verbreiteten Narrativ, dass viele Deutsche den „Fremdarbeitern“ durch das Zustecken von Butterbrot oder Ähnlichem geholfen hätten. Nur ein einziges Mal habe er ein Butterbrot von einem Deutschen bekommen - als Gegenleistung für eine Hilfsarbeit.

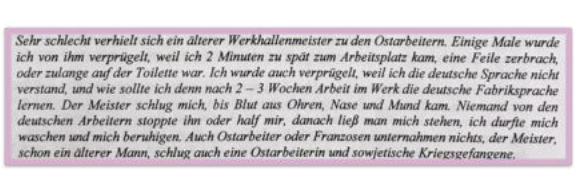


6. *„Wie verhielten sich die deutschen Arbeiter zu den Zwangsarbeitern und deren Kindern?“*

„Die Beziehung der deutschen Arbeiter zu uns den Ostarbeiter war unterschiedlich, von Gleichgültigkeit bis Feindseligkeit, aber in dem Maße, wie die Front sich näherte, änderten sich auch die Beziehungen. Wenn ich in die Halle zur Arbeit kam, fragten mich einige deutsche Arbeiter, wer ich sei, woher ich komme, wer und wo meine Eltern sind, wo wir wohnten, wie wir wohnten, wo ich lernte usw. .
Einige deutsche Arbeiter sahen auf uns böse und voll Hass herab. Einer verlor seinen Arm vor Moskau, einem anderen kam der Sohn vor Stalingrad um, beim 3. starb die Familie von amerikanischen Bomben – alle fühlten sich schlecht. Aber es gab auch andere Deutsche, mit denen man sprechen konnte, die man fragen konnte oder sogar mit ihnen scherzen konnte und dann noch jene, für die wir gar nicht existierten.
Niemals brachte mir ein deutscher Arbeiter ein Stück Brot mit oder lud mich zum Butterbrot ein, oder zum Kaffee oder Tee. Es half niemand.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitgeschichtliche Sammlungen, VI. 5. – Nr. 49. Hier aus: Verein für Schmalkaldische Geschichte und Landeskunde e. V. (Hrsg.), Schmalkalder Lokalgeschichte 1924-1948. Schülerprojekt, 2. Aufl., Schmalkalden 2005, S. 140.

Auch von **Gewalt und willkürlichen Strafmaßnahmen** durch einen Werkhallenmeister erzählte Kolosow. Dieser habe ihn mehrfach blutig geschlagen, etwa weil er etwas zu spät kam oder, weil er kein Deutsch verstand. In seiner knappen Freizeit machte Kolosow ebenfalls unterschiedliche Erfahrungen mit der Bevölkerung von Schmalkalden: Er berichtete von Jungen, die ihn bespuckten, und von Hitlerjungen, die sie als „russische Schweine“ beleidigten. Allerdings habe er auch einen Jungen kennengelernt, der ihm ein Modellflugzeug schenkte.



Sehr schlecht verhielt sich ein älterer Werkhallenmeister zu den Ostarbeitern. Einige Male wurde ich von ihm verprügelt, weil ich 2 Minuten zu spät zum Arbeitsplatz kam, eine Feile zerbrach, oder zulange auf der Toilette war. Ich wurde auch verprügelt, weil ich die deutsche Sprache nicht verstand, und wie sollte ich denn nach 2 – 3 Wochen Arbeit im Werk die deutsche Fabriksprache lernen. Der Meister schlug mich, bis Blut aus Ohren, Nase und Mund kam. Niemand von den deutschen Arbeitern stoppte ihn oder half mir, danach ließ man mich stehen, ich durfte mich waschen und mich beruhigen. Auch Ostarbeiter oder Franzosen unternahmen nichts, der Meister, schon ein älterer Mann, schlug auch eine Ostarbeiterin und sowjetische Kriegsgefangene.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitgeschichtliche Sammlungen, VI. 5. – Nr. 49. Hier aus: Verein für Schmalkaldische Geschichte und Landeskunde e. V. (Hrsg.), Schmalkalder Lokalgeschichte 1924-1948. Schülerprojekt, 2. Aufl., Schmalkalden 2005, S. 140.

QUELLEN

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Persönliche Einzeldokumente, V.3. Nr. 84-087 (Lew L. Kolosow).

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitgeschichtliche Sammlungen, VI. 5. – Nr. 49 (hier nicht vollständig abgelegt).

LITERATUR

Verein für Schmalkaldische Geschichte und Landeskunde e. V. (Hrsg.), Schmalkalder Lokalgeschichte 1924-1948. Schülerprojekt, Schmalkalden 2005.

Jens-Christian Wagner, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Ein Überblick, in: Daniel Logemann et al. (Hg.), Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung, Göttingen 2024, S. 182-195.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung

Erinnerung, Inszenierung oder Realität?

Private Kriegsfotografien von Alwin Danz aus dem 2. Weltkrieg

Niklas Barthel

WELCHE QUELLE LIEGT VOR?

Bei der im Stadtarchiv Schmalkalden vorhandenen Quelle handelt es sich um ein Tagebuch von Alwin Danz (geb. 12.11.1919 in Helmershof, gest. 23.10.2015 in Fritzlar) über seine Zeit als Soldat in der Wehrmacht ab 1940 sowie um 76 Bilder, 2 Briefe sowie nachträglich ergänzte Textstellen und eine nachträglich eingezeichnete Karte, die den Weg Danzs im Zeitraum von 1944-1945 verbildlicht. Es handelt sich jedoch nicht um ein Original. Das ursprünglich handschriftlich angefertigte Tagebuch, welches im Zeitraum zwischen 1940 und 1945 verfasst wurde, wurde von Alwin Danz nachträglich umgeschrieben. Die abgetippte, überarbeitete Version mit Bildern und Briefen wurde zwischen 1998 und 2004 von Alwin Danz an das Stadtarchiv Schmalkalden weitergegeben. Alwin Danz war als Soldat in der Einheit I AR/45 bis September 1943 an der Ostfront stationiert. Nach einer Verwundung war Danz ab 1944 mit der Einheit Art. Regimentsstab Z:V:B mot. 779 in Griechenland stationiert. Während besondere Ereignisse wie die Kämpfe bei Glinskoje Ende 1941 ausführlich beschrieben werden, sind einzelne Zeiträume gar nicht Teil des Tagebuchs (z.B. Zeit während Krankheit und Verletzung). Die zugehörigen Bilder entstanden zwischen 1940 und 1945, und sind ausschließlich Kopien der Originale und nur selten genauer beschriftet.

Layout: Vorname Name, nach einer Vorlage der Abteilung Hochschulkommunikation

BILDEN PRIVATE KRIEGSFOTOGRAFIEN DEN REALEN ALLTAG VON SOLDATEN IM 2. WELTKRIEG AB?

Kameraden in Russland 1941

Zu sehen sind zwei lachende Gesichter.

Auf keinem der übermittelten Bilder Alwin Danz`s sind negative Emotionen zu erkennen. Selbst Begräbnisse sind auf Fotografien feierlich gestaltet.

Kameraden in Griechenland 1944

Zu sehen sind lächelnde Kameraden.

Währenddessen schreibt Danz in sein Tagebuch: *„Heute erhielten wir unsere Feuertaufe in Griechenland—Gott sei Dank wurde keiner verwundet—dabei wurde mir klar, daß dieser hinterhältige Partisanen Krieg, schlimmer war wie eine reguläre Front“.*

HISTORISCHER KONTEXT

Im Zweiten Weltkrieg durften deutsche Soldaten an der Front mit privaten Kameras fotografieren, aber nur unter strengen Auflagen. Die Wehrmacht, insbesondere die Propagandakompanien (PK), überwachten und kontrollierten die Kriegsfotografie. Offizielle Wehrmacht-Fotografen dokumentierten den Krieg gezielt im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda, indem sie Bilder der Wehrmacht als starke, heroische und siegreiche Armee präsentierten. Private Aufnahmen, die Kriegsgefangene, Verwundete oder taktische Informationen zeigten, wurden zensiert oder vernichtet. Fotos von Kriegsverbrechen, Niederlagen oder zerstörtem Feindgebiet waren verboten, da sie das Bild der unbesiegbaren Wehrmacht gefährden konnten. Private Fotografien wurden vor der Veröffentlichung von Vorgesetzten überprüft. Nur Bilder, die die Wehrmacht und ihre Soldaten in einem positiven Licht darstellten, wurden erlaubt und oft verbreitet. Diese Zensur war ein wichtiger Teil der Kriegspropaganda, die das Bild des nationalsozialistischen Regimes in der Öffentlichkeit kontrollierte und stärkte.

WAS ERFAHREN WIR NICHT AUS DER QUELLE?

Wir erfahren nur sehr wenig darüber wer auf den Bildern zu sehen ist, geschweige denn wer diese Bilder aufgenommen hat. Wurden die Aufnahmen ausnahmslos beruhend auf Freiwilligkeit gemacht? Inwiefern sind gewisse Aspekte, wie Emotionen, in den Bilder inszeniert? Was durfte nicht oder wurde eventuell nicht fotografiert? Welche gemachten Aufnahmen wurden aufgrund von Verboten oder Zerstörungen niemals weitergegeben?

Geschützstellung Russland Winter 1941

Zu sehen sind lachende Gesichter sowie scheinbar angemessene Ausrüstung.

Währenddessen schreibt Danz in sein Tagebuch: *„Die Stimmung & der Zustand der Truppe verschlechtert sich von Tag zu Tag.“* und *„Wir hatten immer noch keine Winterbekleidung“.*

Kartespielen im Kaukasus 1943

Zu sehen sind Kameraden beim spielen, mit Lächeln im Gesicht.

Währenddessen schreibt Danz in sein Tagebuch: *„Es regnet Bomben bei Tag und Nacht „* und *„Die Lage der Infanterie vorne ist sehr kritisch geworden“.*

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte

Akademie für Lehrentwicklung

Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, VI. 5 24a, c.

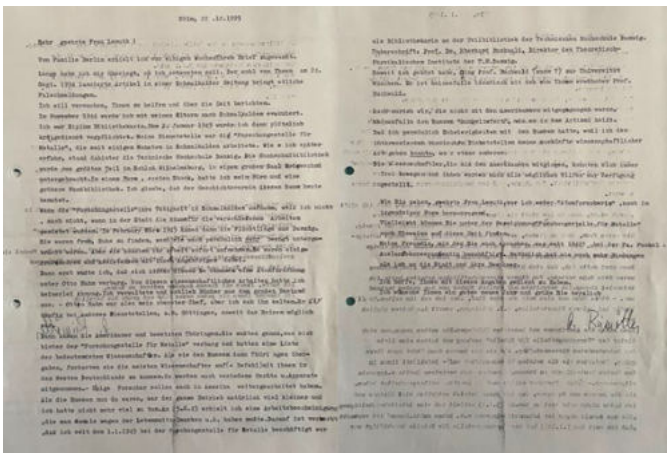
Jens Jäger, Propagandafotografie. Private Kriegsfotografie im Zweiten Weltkrieg, in: Visual History, 12.02.2020, https://w w w.visual-history.de/2020/02 /12/propagandafotografie/.

Marstaller, Vera , Heldengesten. Heimat und Front in nationalsozialistischen Kriegsfotografien (1939-1945), Göttingen 2023.

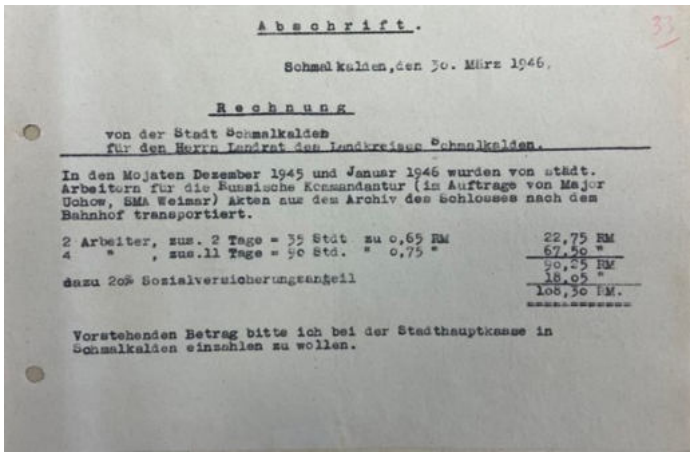
„FORSCHUNGSSTELLE FÜR METALLE“ IN SCHMALKALDEN — DECKMANTEL FÜR ATOMFORSCHUNG?

Zeitzeugenbericht von R. Riemöller über ihre Arbeit bei der „Forschungsstelle für Metalle“

Pauline Gunkel



Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI/ 5-30.



Abschrift.

Schmalkalden, den 30. März 1946.

Rechnung

von der Stadt Schmalkalden
für den Herrn Landrat des Landkreises Schmalkalden.

In den Mojaten Dezember 1945 und Januar 1946 wurden von städt. Arbeitern für die Russische Kommandantur (im Auftrage von Major Uchow, SMA Weimar) Akten aus dem Archiv des Schlosses nach dem Bahnhof transportiert.

2 Arbeiter, zus. 2 Tage = 35 Stdt zu 0,65 RM		22,75 RM
4 " , zus.11 Tage = 90 Std. " 0,75 "		67,50 "
		90,25 RM
dazu 20% Sozialversicherungsanteil		18,05 "
		108,30 RM.

Vorstehenden Betrag bitte ich bei der Stadthauptkasse in Schmalkalden einzahlen zu wollen.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Stadtkämmerei, Besatzungskosten/Löhne 1945-1947, Stadtarchiv 0797, 33.

Konnte in Schmalkalden tatsächlich eine geheime Atomforschungsstelle existieren?

WAS SIND UNSERE QUELLEN?

Die erste Quelle ist ein Zeitzeugenbericht von Frau R. Riemöller, in dem sie von ihrer Tätigkeit als Bibliothekarin bei der „Forschungsstelle für Metalle“ in Schmalkalden berichtet. Sie hat dort ab Januar 1945 im Rahmen eines Kriegsdiensteinsatzes gearbeitet. Solche Einsätze während des Krieges bezeichnen die Verpflichtung der Bevölkerung zur Unterstützung der Kriegsführung im nichtmilitärischen Bereich. Sie erklärt, dass hinter dieser Einrichtung die Technische Hochschule Danzig stand, von der im Februar/März 1945 Mitarbeiter nach Schmalkalden entsandt wurden. Frau Riemöller gibt an, später erfahren zu haben, dass die „Forschungsstelle für Metalle“ eine Tarnorganisation für geheime Atomforschungsprojekte unter der Leitung von Otto Hahn war. Sie beteuert diesen, wenn auch nur selten, persönlich gesehen zu haben. Nach der Besetzung Thüringens durch die Amerikaner, wurden die führenden Wissenschaftler der Forschungsstelle angewiesen, in den Westen Deutschlands zu gehen, da den Amerikanern offenbar bekannt war, welche Art von Forschung dort betrieben wurde. Im Zuge dieser Evakuierung wurden auch zahlreiche wissenschaftliche Geräte und Apparate demontiert und ebenfalls in den Westen verbracht, was laut Frau Riemöller auf einen ausdrücklichen Befehl des amerikanischen Militärs zurückzuführen ist.

Die zweite Quelle ist eine Rechnung vom 30. März 1946, ausgestellt von der Stadt Schmalkalden an den Herrn Landrat des Landkreises Schmalkalden. Sie dokumentiert, dass im Dezember 1945 und Januar 1946 von der russischen Kommandantur Akten aus dem Archiv im Schloss zum Bahnhof transportiert wurden.

DER WETTLAUF ZUR ATOMBOMBE

Nach der Entdeckung der Kernspaltung 1938 durch Otto Hahn und Fritz Straßmann wurde schnell das militärische Potenzial erkannt. Die enorme Energie, freigesetzt bei der Uran-Spaltung, eröffnete die Möglichkeit einer neuen, strategischen Waffe. Es begann ein Wettlauf zwischen den Nationen, die als Erste eine Atombombe entwickeln wollten. Wichtige Projekte waren dabei das Manhattan-Projekt in den USA, das britische „Tube Alloys“- Projekt und das deutsche Uranprojekt. Während die USA mit dem Trinity-Test am 16. Juli 1945 die erste Atombombe erfolgreich testete, galt das deutsche Uranprojekt im öffentlichen Diskurs als gescheitert. Gründe waren u.a. der Mangel an Ressourcen, schlechte Koordination und moralische Bedenken vieler Wissenschaftler. Es gibt jedoch auch Theorien, die behaupten, dass in Deutschland zwischen 1939 und 1945 tatsächlich an Atomwaffen geforscht wurde, darunter auch geheime Aktivitäten in Thüringen.

WAS KANN DIE QUELLE NICHT AUSSAGEN?

- Unklar, welche Wissenschaftler am Forschungsprojekt beteiligt waren.
- Unklar, welche Wissenschaftler mit den Amerikanern in den Westen gingen.
- Wissenschaftliche Tätigkeiten der „Forschungsstelle für Metalle“ nicht einsehbar.
- Rechnungsbeleg enthält keine Details zum genauen Inhalt des Archivmaterials.
- Hauptproblem: Viele offene Fragen und spekulative Annahmen.

FAKTEN , FÜR DIE EXISTENZ EINER GEHEIMEN ATOMFORSCHUNGSSTELLE

Um zu prüfen, inwieweit Frau Riemöllers Aussagen mit der historischen Realität übereinstimmen, gilt es, ihre Schilderungen mit den damaligen Ereignissen abzugleichen. In ihrem Bericht beschreibt sie, dass nach der Besetzung Thüringens durch die Amerikaner zahlreiche bedeutende Wissenschaftler der betreffenden Einrichtung sowie wertvolle Geräte und Apparaturen in den Westen, sogar in die USA, abtransportiert wurden. Diese Schilderungen decken sich mit den Ereignissen der alliierten
„Alsos-Mission“, die drei Hauptziele verfolgte: Die Festnahme führender deutscher Atomforscher, die Beschlagnahme sämtlicher Dokumente und Materialien zur Uranforschung sowie die Demontage aller relevanten Apparaturen und Ausrüstungen. Im Anschluss daran wurden im Rahmen der ebenfalls alliierten
„Operation Epsilon“ kurz vor Kriegsende zehn deutsche Wissenschaftler, darunter auch Otto Hahn, in Gewahrsam genommen. Frau Riemöller nennt Otto Hahn als Leiter der Forschungsstelle.
Zusätzlich unterstützt die zweite Quelle, eine Rechnung über den Abtransport von Archivmaterialien durch die Sowjets, die Annahme geheimer Forschungen. Nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Sowjets scheinen strategisches Material sichern zu wollen, was auf das hohe Interesse an der deutschen Atomforschung hinweist.

Literatur

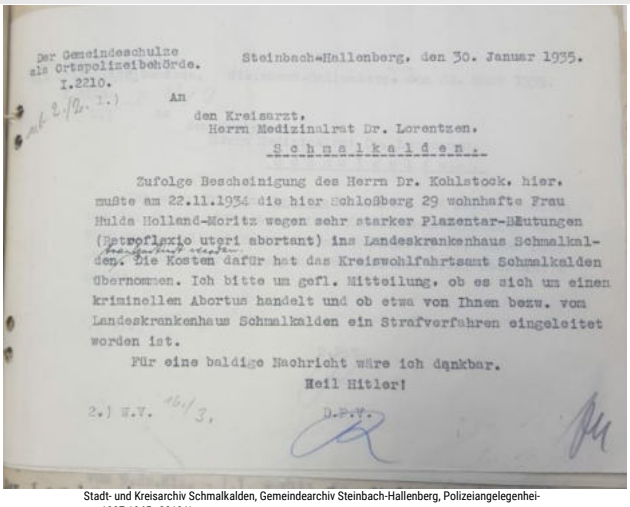
Hoffmann, Klaus, Schuld und Verantwortung. Otto Hahn Konflikte eines Wissenschaftlers, Berlin 1993.
Mayer, Edgar/ Mehner, Thomas, Geheime Reichssache: Thüringen und die deutsche Atombombe, Rottenburg 2004.
Walker, Mark, Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe, Berlin 1990.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung

ABTREIBUNG TROTZ VERBOT?

Briefe zwischen Schmalkalder und Steinbach-Hallenberger Behörden von 1935 und 1945

Emilia Henkel



Der Gemeindeschulze
als Ortspolizeibehörde.
I.2210.

Steinbach-Hallenberg, den 30. Januar 1935.

An
den Kreisarzt,
Herrn Medizinalrat Dr. Lorentzen,
Schmalkalden.

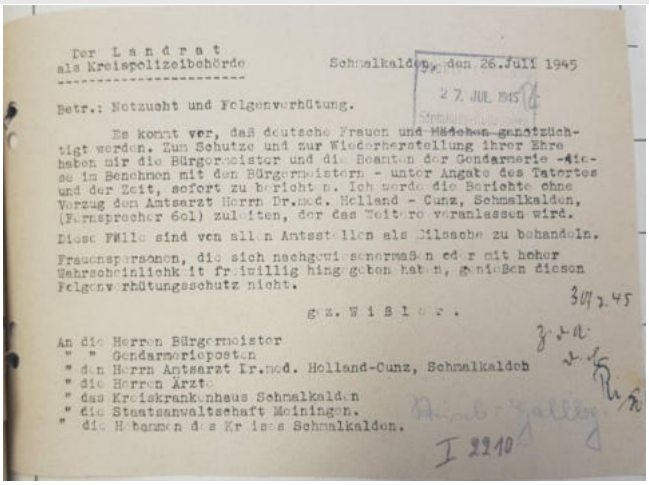
Zufolge Bescheinigung des Herrn Dr. Kohlstock, hier, mußte am 22.11.1934 die hier Schloßberg 29 wohnhafte Frau Hulda Holland-Moritz wegen sehr starker Plazentar-Blutungen (Retroflexio uteri abortant) ins Landeskrankenhaus Schmalkalden. Die Kosten dafür hat das Kreiswohlfahrtsamt Schmalkalden übernommen. Ich bitte um gefl. Mitteilung, ob es sich um einen kriminellen Abortus handelt und ob etwa von Ihnen bezw. vom Landeskrankenhaus Schmalkalden ein Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Für eine baldige Nachricht wäre ich dankbar.

Heil Hitler!

D.P.V.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Gemeindearchiv Steinbach-Hallenberg, Polizeiangelegenheiten 1927-1945, 2210/1, unpag.



Der Landrat
als Kreispolizeibehörde

Schmalkalden, den 26. Juli 1945

27. JUL 1945

Betr.: Notzucht und Folgenverhütung.

Es kommt vor, daß deutsche Frauen und Mädchen geschändet worden. Zum Schutze und zur Wiederherstellung ihrer Ehre haben mir die Bürgermeister und die Beamten der Gendarmerie -diese im Benehmen mit den Bürgermeistern - unter Angabe des Tatortes und der Zeit, sofort zu berichten. Ich werde die Berichte ohne Verzug dem Amtsarzt Herrn Dr.med. Holland - Cunz, Schmalkalden, (Fernsprecher 601) zuleiten, der das Weitere veranlassen wird.

Diese Fälle sind von allen Amtsstellen als Eilsache zu behandeln.

Frauenspersonen, die sich nachgewiesenermaßen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit freiwillig hingegeben haben, genießen diesen Folgenverhütungsschutz nicht.

gez. Wißler.

An die Herren Bürgermeister
" " Gendarmerieposten
" den Herrn Amtsarzt Dr.med. Holland-Cunz, Schmalkalden
" die Herren Ärzte
" das Kreiskrankenhaus Schmalkalden
" die Staatsanwaltschaft Meiningen.
" die Hebammen des Kreises Schmalkalden.

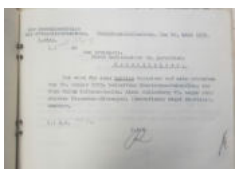
I 2210

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Gemeindearchiv Steinbach-Hallenberg, Polizeiangelegenheiten 1927-1945, 2210/1, unpag.

Wie Konnten Frauen in NS– und Nachkriegszeit Abtreiben, Obwohl Das eigentlich Verboten war (§ 218)?

DAS ABTREIBUNGSVERBOT IN DER NS-ZEIT

Das Abtreibungsverbot durch §218 wurde 1871 eingeführt. Reformbewegungen forderten am Ende der Weimarer Republik Ausnahmeregelungen aus medizinischen oder sozialen Gründen. Mit der Machtübernahme durch die NSDAP wurde das Verbot aber verschärft. Es schützte nicht mehr das individuelle ungeborene Leben, sondern die „Lebenskraft des Volkes" im Sinne der rassistischen NS-Bevölkerungspolitik. Abtreibungen von als „unwert" betrachtetem Leben wurden dagegen legalisiert. Eine geheime Anweisung genehmigte ab 1940 Frauen nach Vergewaltigungen freiwillige Abbrüche, besonders wenn Männer nicht den rassistischen Kriterien entsprachen.



Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Gemeindearchiv Steinbach-Hallenberg, Polizeiangelegenheiten 1927-1945, 2210/1, unpag.

WELCHE FRAGEN BLEIBEN OFFEN?

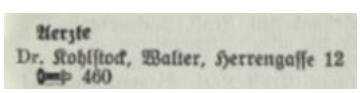
- Wieviele Abtreibungen gab es im Kreis Schmalkalden im NS trotz des Verbots? Welche gesundheitlichen Folgen hatten die illegalen Abbrüche für die Frauen?
- Gab es Abtreibungsgegner unter den Ärzten in der Region?
- Wie viele Frauen wurden nach dem zweiten Weltkrieg im Kreis Schmalkalden vergewaltigt? Wie reagierte das Umfeld?
- Wie viele Frauen durften abtreiben und wie viele nicht?

WAS SIND UNSERE QUELLEN?

Beide Briefe stammen aus einer Steinbach-Hallenberger Akte zu Polizeiangelegenheiten. Sie bilden also die polizeiliche Sicht auf Abtreibungen ab, nicht die Perspektive der Frauen oder Ärzte.

Der erste Brief entstand am Anfang der NS-Zeit, am 30.01.1935. Der Steinbacher Gemeindeschulze (eine Art Ortspolizist) schrieb an den Schmalkalder Kreisarzt. Zwei Monate zuvor meldete ein Steinbacher Arzt ihm, dass eine Frau mit starken Plazenta-Blutungen nach Schmalkalden in Krankenhaus gefahren werden musste. Der Polizist sah in diesem Notfall eine mögliche Straftat nach §218, und forschte nach, ob das schon jemand angezeigt habe. Er scheint vom Kreisarzt keine Antwort erhalten zu haben, denn nachdem er im Abstand von einigen Monaten noch zweimal nachfragte, gab er auf.

Der zweite Brief entstand am 26.07.1945 kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs, knapp einen Monat nach dem Besatzungswechsel von amerikanischen zu russischen Soldaten. Der sozialdemokratischen Schmalkalder Landrat Karl Wißler schrieb als Oberhaupt der Polizeibehörde unter anderen an die Bürgermeister, Polizisten, Ärzte und Hebammen der zum Kreis Schmalkalden gehörenden Gemeinden. Er informierte darüber, dass vergewaltigte Frauen nun abtreiben dürfen. Dafür müssten Bürgermeister, Polizei, Landrat und Amtsarzt in einem bürokratischen, aber eiligen Prozess zustimmen. Statt Vergewaltigung wird das Wort „Notzucht" verwendet, statt von Abtreibungen wird nebulös von „Folgenverhütung" und „allem weiteren" gesprochen. Täter bleiben unbenannt.



Aerzte
Dr. Kohlstock, Walter, Herrengasse 12
Fernsp. 460

Adressbuch des Kreises Schmalkalden, 1936.

WO WAREN DIE LÜCKEN?

1. Lücke: Die Strafverfolgung funktionierte nicht

Der erste Brief lässt vermuten, dass in Steinbach-Hallenberg genau wie anderswo trotz des Verbotes illegale Abtreibungen stattfanden. Kam es dabei zu Komplikationen, erhielten Frauen weiterhin ärztliche Hilfe.[2] Der Brief zeigt, dass die Strafverfolgung von solchen Schwangerschaftsabbrüchen die enge Zusammenarbeit von Ärzten und Polizei voraussetzte. Der Ortspolizist erfuhr von dem Fall erst durch die Meldung des Steinbacher Arztes, der mit seiner Bescheinigung wohl den staatlich bezahlten Krankentransport rechtfertigte. Funktionierte diese Zusammenarbeit allerdings nicht, lief auch die verschärfte NS-Strafverfolgung ins Leere. Die Ärzte hatten also eine hohe Verantwortung. Indem der Kreisarzt nicht antwortete, schützte er Hulda Holland-Moritz vor einer Anzeige. Ob er das beabsichtigte, bleibt unklar. Das NS-Regime versuchte diese Lücke schnell zu schließen. Ab Juli 1935 wurden Ärzte verpflichtet, Schwangerschaftsunterbrechung, Fehlgeburt und Frühgeburt zu melden. Frauen nahmen deshalb seltener medizinische Hilfe in Anspruch. Abtreibung wurde gefährlicher.

2. Lücke: Kinder sind aus rassistischen Gründen unerwünscht

Der zweite Brief zeigt, dass die massenhafte sexuelle Gewalt durch Besatzungssoldaten auch Frauen im Kreis Schmalkalden betraf. Der Brief weist auf den Fortbestand von NS-Abtreibungsideologie hin. Die vergewaltigenden Männer werden zwar nicht benannt, aber nach Kriegsende sind die Täter andere. Vor der Besatzung waren Vergewaltigungen kein Abtreibungsgrund. Danach waren Täter meist amerikanische und später sowjetische Soldaten. Niach der NS-Ideologie waren die gezeugten Kinder nach nicht wert, geboren zu werden. Trotz der Ausnahmeregelung wurden Schwangerschaftsabbrüche tabuisiert. Das zeigt sich in der Umschreibung und in dem komplizierten bürokratischen Prozess. Frauen gewannen keine Selbstbestimmung, weil es der Erlaubnis mehrerer mächtiger Männer bedurfte und diese Erlaubnis auf bloßen Verdacht hin entzogen werden konnte.

Dirk von Behren: Kurze Geschichte des Paragrafen 218 Strafgesetzbuch, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10.05.2019.

Henry P. David, Jochen Fleischhacker und Charlotte Höhn: Abortion and Eugenics in Nazi Germany, in: *Population and Development Review*, 14 (1988) 1, S. 81-112.

Atina Grossmann: A Question of Silence: The Rape of German Women by Occupation Soldiers, in: *October*, 72 (1995), S. 42-63.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung

„WIR HABEN MITTLERWEILE DOPPELTE SOMMERZEIT“

Steinbach-Hallenberg unter der sowjetischen Besatzung im Jahre 1945

Luisa Weyer

Wie veränderte und prägte die sowjetische Besatzungsmacht das Ortsbild und das Leben 1945?

DAS ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS UND DIE SOWJETISCHE BESATZUNGSMACHT

Das nationalsozialistische Deutschland fand mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen am 08. Mai 1945 sein Ende. Die Alliierten siegten.

Bereits im Februar 1945 wurde Deutschland auf der Konferenz von Jalta in vier Besatzungszonen eingeteilt, welche jeweils von den alliierten Mächten USA, Großbritannien und Frankreich sowie der Sowjetunion verwaltet wurden.

Als die US-Amerikaner das zuvor von ihnen besetzte Thüringen mit dem sowjetisch-besetzten West-Berlin tauschten, stand mit dem 12. Juni 1945 fest, dass Thüringen ein Teil der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wird. Drei Wochen später, am 02. Juli, verließen die US-amerikanischen Besatzer Steinbach-Hallenberg, um den Sowjets den Weg frei zu machen.

WAS IST UNSERE QUELLE?

Bei der Quelle handelt es sich um einen Zeitzeugenbericht des Steinbach-Hallenbergers Martin Usbeck. Der Bericht wurde erstmals 1996 veröffentlicht und vier Jahre später von Martin Usbeck selbst noch einmal überarbeitet und ergänzt.

Auf insgesamt neun Seiten schildert er seine persönlichen Erlebnisse im Jahre 1945 unter US-amerikanischer und sowjetischer Besatzung. Martin Usbeck ist zu diesem Zeitpunkt womöglich 14 Jahre alt gewesen. Er beschreibt dabei die Zeit von März 1945 bis Oktober desselben Jahres. Da die Schule aufgrund des Krieges geschlossen war, befand sich Usbeck oft in der Bäckerei seines Vaters oder zuhause.

Martin Usbeck war nach der politischen Wende 1989/90 als Ortschronist in seinem Heimatort Steinbach-Hallenberg tätig, was höchstwahrscheinlich der Grund war, weshalb er seine Erinnerungen an 1945 verschriftlichte. Er schreibt neutral und wertet ausschließlich an Stellen, in denen er schlechte Bedingungen wiedergibt: „wie schlecht damals die Versorgung war!“ Ausgehend von seinem Alter von 14 Jahren, müsste Martin Usbeck 1996 bereits 65 Jahre alt gewesen sein, was die Zuverlässigkeit der Quelle mindert, da er nach all den vergangen Jahren womöglich nicht mehr in der Lage war, sich an alle Ereignisse exakt zu erinnern.

QUELLE UND LITERATUR

Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenberichte, VI/28.

Behring, Rainer: Von fehlender Öffentlichkeit. Alltagserfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland, in: Hilger, Andreas, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945—1955, Göttingen 2006, S. 453—478.

Laufer, Jochen: Von den Demontagen zur Währungsreform. Besatzungspolitik und Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945—1948, in: Lemke, Michael (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ / DDR (1945— 1953), Köln u.a. 1999, S. 163—186.

Stadtverwaltung Steinbach-Hallenberg, Beiträge zur Geschichte von Steinbach-Hallenberg. Beschreibung eines Jahrhunderts von 1900 bis 2000, Steinbach-Hallenberg (2003).

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenberichte, VI/28, unpag.

„Es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine ‚bewegte Zeit‘, denn es ist rings um uns viel in Bewegung.“

THESE

Die sowjetische Besatzungsmacht prägte Steinbach-Hallenberg im Jahre 1945 nachhaltig, indem sie sowohl das Ortsbild als auch das Leben der Bevölkerung grundlegend veränderte. Umfassende Demontagen und bauliche Eingriffe hinterließen sichtbare Spuren im Stadtbild, während die Unterbringung von Geflüchteten und Soldaten, sowie strikte Kontrollen, Hausdurchsuchungen und die Entnazifizierung in Verwaltung und Politik das alltägliche Leben tiefgreifend beeinflussten.

WELCHE FRAGEN BLEIBEN OFFEN?

1. Wie wurde die Veränderung der Stadt und des Lebens von den BewohnerInnen Steinbach-Hallenbergs aufgenommen?
2. Welche Ziele verfolgten die Sowjets mit der Veränderung der verschiedenen (Lebens-)Bereiche und dem Ortsbild?
3. Fanden nach Oktober 1945 immer noch tiefgreifende Veränderungen statt?
4. Ist das Geschilderte ebenso in anderen Ortschaften passiert?

STEINBACH-HALLENBERG 1945

Die Demontage diente dem Aufbau der UdSSR nach Kriegsende.

Die Quelle spricht davon, dass viele Maschinen in den Betrieben, aber auch Eisenbahngleise abgebaut wurden. Da die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg nahezu alles vernichtete, bedienten sich die Sowjets an den deutschen Ressourcen, um ihr Land nach Kriegsende wieder aufzubauen. Die Soldaten der Roten Armee demontierten sie viel sie konnten, so auch extra ausgegrabene Kabelleitungen oder Kessel.

Die Sowjets passten Ortsbild und Zeit der UdSSR an.

Im Ort wurden alle Straßenschilder zusätzlich mit kyrillischer Schrift versehen oder russische Bezeichnungen an den Ortsschildern ergänzt.

Martin Usbeck schreibt, dass die BewohnerInnen von Steinbach-Hallenberg in einer anderen Zeitzone lebten. Die Uhr wurde um zwei Stunden vorgestellt (eine Stunde mehr als zur Sommerzeit), sodass man sich in derselben Zeitzone wie Moskau befand.

Weiterhin wurden Banderolen an Häusern befestigt, mit denen die deutschen Kommunisten ihre Freude über das Kommen der Rotarmisten zum Ausdruck brachten. Diese wurden von den Sowjets nicht abgenommen.

Durch ihre ständige Präsenz prägten die Sowjets das Leben der BürgerInnen von Steinbach-Hallenberg.

Die Präsenz der sowjetischen Besatzungsmacht in Verwaltung und Politik im Ort zeichnete sich durch eine umfassende Entnazifizierung und zeitgleiche Förderung kommunistischer und sozialistischer Persönlichkeiten aus. So wurde bspw. Walter Ritzmann (KPD) neuer Bürgermeister der Stadt.

Durch Einquartierungen in fremde Häuser, Hausdurchsuchungen und regelmäßige Kontrollen auf offener Straße waren die BürgerInnen in ständigem Kontakt mit der Besatzungsmacht. Bei Usbeck fiel „diese Razzia […] sehr glimpflich aus“. Die BewohnerInnen, die ohne Ausweis angetroffen wurden, mussten eine Nacht in Haft bei der sowjetischen Kommandantur verbringen, „wo es nicht gerade zimperlich zu[ging]“.

Demontagen von Eisenbahngleisen in Berlin — Christiane Toyka-Seid und Gerd Schneider: Demontage, in: Hanisauland. Politik für dich. https://www.hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/d/demontage.html (10.12.2024).

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung

FRIEDRICH (-) WILHELM USBECK: EINE VERMUTETE VERWECHSLUNG

EIN ZEITZEUGENBERICHT ÜBER INTERNIERUNG IM LAGER „STILLERTOR“ IN SCHMALKALDEN IM AUGUST 1945

Barbara Krug

ÜBER DIE QUELLE

Seit 2005 liegt ein Teil des Nachlasses von Friedrich Wilhelm Usbeck (20.8.1928 in Steinbach-Hallenberg - 7.2.2007 in Ratzeburg) unter dem Titel **„Im Jahre 1945 in der SBZ. Erinnerungen und Gedanken eines Pensionärs“** in der Zeitzeugensammlung des Stadt- und Kreisarchivs in Schmalkalden. Schon im Juli 1998 hatte der gebürtige Steinbach-Hallenberger nach dem **Fund seines Entlassungsscheins** aus dem Lager „Stillertor“ im August 1945 (siehe Abb. 1) persönliche Schilderungen, „die er längst vergessen oder verdrängt hatte“, verschriftlicht.

Er verarbeitet die Zeit im sogenannten Lager „Stillertor“, in dem – so beschreibt es Usbeck – unter deutscher und sowjetischer Führung verhaftete und der Involvierung im NS-Systems verdächtigte Personen festgehalten wurden. Lange Zeit habe sich Friedrich Wilhelm Usbeck – der sich nach der Entlassung aus der Haft in Schmalkalden Stillertor aus Angst vor weiteren Internierungen entschloss in Bad Heiligenstadt über die Grenze in den Westen zu gehen – nicht erklären können, warum gerade er Teil der Verhaftungen wurde. In dem Zeitzeugenbericht vermutet er, 1945 womöglich **mit einem Namensvetter aus Steinbach-Hallenberg verwechselt** worden zu sein.

Neben dem Zeitzeugenbericht hat er im *Freien Wort* und in einem Brief an die Gedenkstätte Buchenwald seine Geschichte überliefert.

EINE „SCHLEIERHAFT[E]“ INTERNIERUNG

VOM KARTOFFELSCHHÄLMESSER UND VERMEINTLICHER WERWOLF-AKTIVITÄT

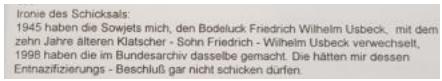
Friedrich Wilhelm Usbeck schildert im Zeitzeugenbericht, bei einer **Hausdurchsuchung im Haus der Familie**, das er nach dem verfrühten Tod seines Vaters gemeinsam mit seiner Mutter und seinen Schwestern bewohnte, **durch sowjetische Soldaten verhaftet** worden zu sein. Die spätere Erzählung seiner Schwestern, dass die Mutter sich bei der Hausdurchsuchung der Sowjets nicht ausreichend gefügt und **mit einem Kartoffelschälmesser herumgefuchtelt** habe, erschien ihm als Haftgrund schon immer unzureichend.

Mit „um die fünfzig anderen“ sei er **ohne Verhör** auf der Treppe im Haus Hauptstraße 100 in Steinbach-Hallenberg festgehalten worden. Auch in den nächsten Tagen und an den nächsten Haftorten in Schmalkalden sei er weder in den leer geräumten Räumen der **Knabenschule** noch im **Lager Stillertor**, das wohl oberhalb des Bahnhofes—heute Haltestelle Schmalkalden Fachhochschule—lag, verhört worden. Ihm selbst sei deshalb „schleierhaft“ gewesen, warum er verhaftet wurde.

Im Lager Stillertor, in dem Friedrich Wilhelm Usbeck „erbärmlich [e]“ Verhältnisse beschreibt, sei er nur auf die Initiative seiner Schwester Dorothea, die bei der Stadtverwaltung in Steinbach-Hallenberg tätig war und einen gesonderten Passierschein besaß, verhört wurden. Im „Waldhaus“, an anderer Stelle spricht Friedrich Wilhelm Usbeck vom „Schützenhaus“, befragte ihn ein sowjetischer Offizier, ob er **Teil des *Werwolfs***, einer von den Besatzern gefürchteten NS-Jugendbewegung, sei. Als er dies mehrfach verneinte, schickte ihn der Offizier zurück ins Lager Stillertor, wo er wenig später ohne Papiere und nur mit einem Entlassungsschein (siehe Abb. 1) entlassen wurde.

Kann eine Verwechslung im Zuge der Entnazifizierung 1945 eine Haft und Internierung zur Folge gehabt haben?

Abb. 1: Entlassungsschein von Friedrich Wilhelm Usbeck aus dem Lager Stillertor.
(Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI/5-37, S. 52.)



Ironie des Schicksals:
1945 haben die Sowjets mich, den Bodeluck Friedrich Wilhelm Usbeck, mit dem zehn Jahre älteren Klatscher - Sohn Friedrich - Wilhelm Usbeck verwechselt, 1998 haben die im Bundesarchiv dasselbe gemacht. Die hätten mir dessen Entnazifizierungs - Beschluß gar nicht schicken dürfen.

Abb. 2: Vermutete Verwechslung bei der Verhaftung und Internierung im Lager Stillertor mit 10-Jahre älteren Friedrich-Wilhelm Usbeck.
(Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI/5-37, S. 59.)

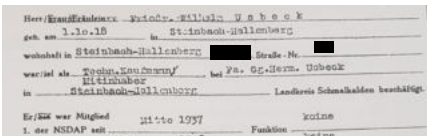


Abb. 3: Auszug aus dem Beschluss des Reinigungsausschuß des Landkreis Schmalkalden des Namensvetters Friedrich-Wilhelm Usbeck, 05.03.1947.
(Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI/5-37, S. 56.)

VERWECHSLUNGSNARRATIV „USBECK“

VON DEN BODELUCKS UND KLATSCHERN IN STEINBACH-HALLENBERG

Nach einer Anfrage im Bundesarchiv 1998 wurden Friedrich Wilhelm Usbeck fälschlicherweise Akten eines Mannes mit beinahe dem gleichen Namen zugesendet: Friedrich-Wilhelm Usbeck. Beide wurden in Steinbach-Hallenberg geboren, lediglich der Bindestrich im Vornamen, sowie das Geburtsjahr, der eine wurde 1918 und der andere 1928 geboren, unterschied sie voneinander. Den **Nachnamen *Usbeck*** teilten sie sich, wie viele andere aus Steinbach-Hallenberg, wobei die Familien mit unterschiedlichen Spitznamen unterschieden wurden. Der Ältere, dessen Akte weitergegeben wurde, gehörte zur Fabrikantenfamilie Usbeck, die **„Klatscher“** genannt wurden. Der Jüngere und in diesem Fall der Zeitzeuge gehörte zur Familie der **„Bodelucks“** (siehe Abb. 2).

Aus der Akte des 10 Jahre älteren Friedrich-Wilhelm Usbeck ging dessen vermeintliche Involvierung in der NSDAP (siehe Abb. 3) hervor. So stellte der ehemals internierte Friedrich Wilhelm Usbeck die Vermutung auf, im August 1945 mit dem älteren und seiner Meinung nach stärker belasteten verwechselt worden zu sein. Er selbst sei lediglich Mitglied in der Hitler-Jugend gewesen, dort aber besonders wegen seiner „Aufmüpfigkeit“ aufgefallen.

EINBLICKE IN DIE INTERNIERUNGSPRAXIS DER BESATZER

Die **Internierung von Personen war für die Besatzer eine zentrale außergerichtliche Maßnahme** und wurde als Mittel zur Entnazifizierung eingesetzt. In der sowjetischen Besatzungszone wurden auch ein **großer Teil Jugendlicher** verhaftet und interniert, um der Angst vor dem *Werwolf* zu begegnen, wovon die Internierung des fast 17-Jährigen als *Werwolf*-Mitglied beschuldigten Friedrich Wilhelm Usbeck zeugt.

Zwar waren in allen Besatzungszonen bestimmte **Kategorien** erstellt worden, um zu regeln, welche Personen mit welcher Belastung im NS später interniert werden sollten, jedoch war die Umsetzung dieser Pläne **von Willkür geprägt**, auch weil es kaum Verhöre gab. Das zeigt sich ebenfalls in den Beschreibungen des Zeitzeugen. In Steinbach-Hallenberg finden sich zudem Zeugnisse, denen zufolge sich auch deutsche **Personen einander beschuldigt** hätten, stärker im NS aktiv gewesen zu sein, was Internierungen zur Folge gehabt hatte. Im Fall Usbeck lässt sich ein solches Geschehen nicht nachweisen. Ob es schon während der Besatzungszeit 1945 tatsächlich zu einer Verwechselung des Zeitzeugen mit dem älteren Friedrich-Wilhelm Usbeck gekommen ist, wie 1998 bei der fälschlichen Zusendung von dessen Akte, kann hier jedoch nicht final geklärt werden.

QUELLEN UND LITERATUR

Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, Zeitzeugenbericht VI/5-37.
Andrew H. Beattie: Die sowjetischen Speziallager im Kontext der alliierten Internierung und Entnazifizierung, in: Julia Landau und Enrico Heitzer (Hrsg.), Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik. Die sowjetischen Speziallager 1945-1950 im Kontext, Göttingen 2021.
Anschriftenbuch des Kreises Herrschaft Schmalkalden, Verzeichnis der Ortschaften des Kreises Schmalkalden. Steinbach-Hallenberg (Stadt). Usbeck, 1936, S. 247f.
Marie Bühner: Daheim helfen auch die Wände, Schmalkalden 1992.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Akademie für Lehrentwicklung
Professur für Zeitgeschichte

AUFSTAND? DEN HATTEN WIR HIER NICHT!

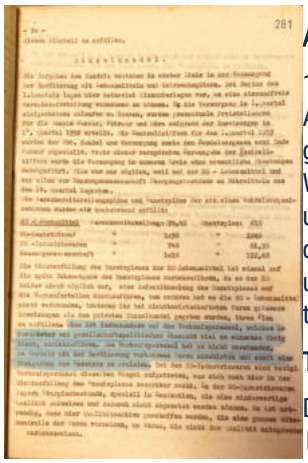
Der 17. Juni 1953 im Kreis Schmalkalden im Freien Wort und einem Bericht des Rates des Kreises

Wie belog die SED sich und die Bevölkerung?

Nils Tornow

DER PLAN WIRD ERFÜLLT?

BERICHT ÜBER DIE ERFÜLLUNG DES VOLKSWIRTSCHAFTSPLANES DES RAT DES KREISES



Protokoll über die 29. Sitzung des Rates des Kreises—Bericht Erfüllung Volkswirtschaftsplanes 21.04.1953, Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, 02-00(1), Blatt 272-282-

Aufbau des Sozialismus

1952 wurde von der SED der Aufbau des Sozialismus ausgerufen. Die sozialistische Wirtschaftsweise in Industrie und Landwirtschaft sollte durch volkseigene Betriebe und Planwirtschaft vorangetrieben werden.

Trotz Erfüllung Mangel

Die Betriebe bekamen Vorgaben zur Produktivität und die Angestellten hatten erhöhte Arbeitsnormen zu erfüllen. Die Fortschritte wurden in diesen *„Berichten über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes"* regelmäßig an den Rat des Kreises gemeldet, welcher diese nach Berlin weiterleitete, von wo Maßnahmen zur Verbesserungen kamen. Aufgrund fehlender Investitionen, schlechter Versorgungslage und unrealistischer Vorgaben hing man dem Plan hinterher.

Suche nach einem Sündenbock

Die Schuld wurde aber nicht bei den Vorgaben der Politik gesucht, sondern bei denen, die nicht hart genug arbeiten würden.

So wurde unter anderem dem Verkaufspersonal fehlendes Talent beim Anbieten der Waren vorgeworfen.

Die Partei hatte immer recht, nur waren ihre Arbeiter nicht fähig genug um den Plan zu erfüllen.

QUELLEN UND LITERATUR

Protokoll über die 29. Sitzung des Rates des Kreises—Bericht Erfüllung Volkswirtschaftsplanes 21.04.1953, Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden, 02.00(1), Blatt 272-282.

Freies Wort 1953, Stadt– und Kreisarchiv Schmalkalden.

Herz, Andrea (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. Der 17. Juni 1953 in Thüringen, Erfurt 2003.

Herz, Andrea (Hrsg.): Die Menschen des 17. Juni 1953 in Thüringen, Erfurt 2013.

DAS VOLK STEHT HINTER DER PARTEI! DER AUFSTAND WAR NUR IN BERLIN!

„DAS FREIE WORT" UND DER 17. JUNI

Freies Wort, 21.05.1953, S.4.

Freies Wort, 19.06.1953, S.1.

Freies Wort, 22.06.1953, S.1.

Freies Wort, 24.06.1953, S.1.

Unzufriedenheit? Nein, jetzt erst!

Im „Freien Wort" war trotz wachsender Unzufriedenheit und „Republikflucht" die Begeisterung für den Aufbau des Sozialismus ungebrochen. So sollen immer mehr der *„fortschrittlichsten Menschen"* in die Partei eingetreten sein.

Der Berliner Aufstand

Aber trotzdem kam es am 17. Juni zum Aufstand. Laut dem „Freien Wort" aber nur in Berlin. Schuld waren *„faschistische Provokateure"*, welche die Unzufriedenheit nutzten zum Umsturz. Dabei kam es aber in der ganzen DDR zu Protesten und Ausgangssperren.

Im Kreis Schmalkalden konnte der Streik gerade so noch verhindert werden, aber trotzdem zeigten sich die Beschäftigten solidarisch mit den Streikenden im Rest der Republik und hissten die Fahne der DDR auf Halbmast und forderten Veränderung.

Die Partei hat immer recht!

Anfangs stellte sich die SED der Kritik, aber nur kurz. Schnell waren die Zeitungen wieder voll mit Berichten von reumütigen Streikenden und Aufbruchsbekundungen in Solidarität mit der SED. **Das Volk lag falsch.**

OFFENE FRAGEN

Zur Wort kamen immer nur die Partei oder die Reumütigen. Die Unzufriedenen kommen nicht in den Quellen vor.

Warum waren sie unzufrieden?

Was sind die Gründen für den Mangel in der Produktion?

Was sagt das Verkaufspersonal zu den Vorwürfen der Unfähigkeit?

Im Arbeiter– und Bauernstaat sprach die Partei in der Öffentlichkeit für diese und die Arbeit und Bauern sprachen nur zugunsten der Partei, denn die Partei hatte immer recht und dies sollte nicht angezweifelt werden. Das wird in den Quellen deutlich. Kritik findet man nur in den internen Quellen für den inneren Zirkel.

Layout: Vorname Name, nach einer Vorlage der Abteilung Hochschulkommunikation

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte

Akademie für Lehrentwicklung

ZWISCHEN TRADITIONSPFLEGE UND HELDENVEREHRUNG

Sozialistische Vorbilder in der Erinnerungskultur der DDR am Beispiel von Hermann Danz

Yannis Stallmach

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Bestand POS „Hermann Danz", Alte Ausstellungsbilder, älteres Bildmaterial, Wimpel, (1958-1988). Stadt und Kreisarchiv Schmalkalden 615.

Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Bestand POS „Hermann Danz", Alte Ausstellungsbilder, älteres Bildmaterial, Wimpel, (1958-1988). Stadt und Kreisarchiv Schmalkalden 615.

Welche Rolle spielten die so genannten „Sozialistischen Vorbilder" in der Ostdeutschen Gesellschaft?

DANZ ALS SOZIALISTISCHER HELD

Hermann Danz (*18. Oktober 1906 in Niederschelderhütte) war ein Funktionär der KPD und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Am 5. Februar 1945 wurde er durch die NS-Diktatur in Brandenburg-Görden ermordet. Er verbrachte den Großteil seiner Jugend in Schmalkalden.

Er eignete sich perfekt als Propagandafigur für die SED Führung, welche im Rahmen der Errichtung ihres „Arbeiter und Bauernstaates" vor einer monumentalen Herausforderung stand: Auf der einen Seite musste ein Ideologischer Bruch mit dem dritten Reich vollzogen werden und auch mit der Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Trotzdem brauchte es deutsche Heldenfiguren und Vorbilder, die die Partei guten Gewissens ins Zentrum des Gründungsmythos der von ihr geführten Nation stellen konnte.

Hermann Danz wurde nach seinem Tod in den Personenkreis sozialistischer Helden aufgenommen. Diesem gehörte auch der ehemalige KPD Generalsekretär Ernst Thälmann, sowie internationale Figuren wie Lenin und Stalin, an.

WELCHE FRAGEN BLEIBEN OFFEN?

- Wie genau verlief die Traditionspflege und „Heldenverehrung" in anderen Kollektiven?
- Gab es Zweifel an den vorgeschriebenen Narrativen?
- Wie ernst nahmen die Akteure den Personenkult tatsächlich?
- Welche Wirkung entfaltete der Personenkult in Individuen tatsächlich?

WAS SIND UNSERE QUELLEN?

Die heutige „Staatliche Regelschule Schmalkalden" in der Rennhofstraße war zwischen dem 12. Mai 1947 und 1990 unter dem Namen „Polytechnische Oberschule Hermann Danz" das Zentrum des um ihren Namensgeber errichteten Personenkultes. Dort wurden Briefe und andere Dokumente zum ihm gesammelt. Außerdem arbeitete an der Schule Hans Sehte, einer der wenigen Historiker, die sich gezielt mit Hermann Danz auseinandersetzten. Dieser veröffentlichte auch das bisher wichtigste Werk über Hermann Danz´ Leben anlässlich des 25 Jährigen Jubiläums der DDR im Jahr 1973.

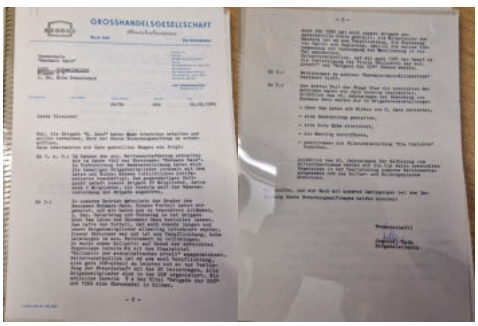
Nach 1990 ging der archivarische Bestand der nun in „Staatliche Regelschule Schmalkalden" umbenannten Schule an das Stadt und Kreisarchiv Schmalkalden über. Unter anderem liegen uns zahlreiche Fotografien von Traditionstreffen und Festen sowie anderen feierlichen Anlässen zu Ehren von Hermann Danz vor. Dazu kommen „Wissenschaftliche Hausarbeiten" der Schüler:innen und eine Reihe von Briefen anderer „Hermann Danz" Kollektive an die Schule. In der Chronik der Schule ist die feierliche Umbenennung der ehemaligen Knabenschule in „Polytechnische Oberschule Hermann Danz" am 12. Mai 1947 dokumentiert.

Während das archivarische Bildmaterial den Personenkult anschaulich darstellt, lassen sich vor allem aus den Briefwechseln, den „Wissenschaftlichen Hausarbeiten" und der Chronik viele Informationen über die Ausgestaltung der sozialistischen Heldenverehrung in Schmalkalden gewinnen. Zudem liegen uns neben der auf diesem Poster abgebildeten „Ehrenwache" und der „Wandzeitung" noch eine ganze Reihe anderer Fotografien vor. Beispielsweise die der so genannten „Freundschaftstreffen" zwischen den unterschiedlichen Hermann Danz Kollektiven und auch ein Foto der feierlichen Namensverleihung der NVA Kaserne „Hermann Danz" in Erfurt am 01.03.1968.

DIE POS „HERMANN DANZ"

Die „Polytechnische Oberschule Hermann Danz" war Zentrum des Personenkults um ihren Namensgeber. Die uns erhalten gebliebenen Briefwechsel zeigen, dass die über 30 anderen „Hermann Danz" Kollektive ihr und ihren Schüler:innen gegenüber zur regelmäßigen „Ablegung von Rechenschaft" über ihren Beitrag zur „Erfüllung des Vermächtnisses" und ihrer „politisch Ideologischen Arbeit" verpflichtet gewesen zu sein schienen. Die POS Hermann Danz diente, wie einer der Briefe deutlich zeigt, auch als Bindeglied zwischen den Hermann Danz Kollektiven und der Traditionskommission der SED.

Diese Sonderrolle der Schule ergab sich aus der Tatsache, dass Hermann Danz selbst diese zwischen 1913 und 1921 besucht hatte. Daraus entstand eine direkte Verbindung zwischen der Schule und ihrem Helden. Die anderen Namenstragenden Kollektive mussten sich andererseits um den „Ehrennamen" bewerben.



Korrespondenz verschiedener Einrichtungen mit H.-Danz Schule über Hermann Danz (anbei altes Foto vom Feriendienst der Gewerkschaften, Objekt Friedrichroda/ Finsterberg), (1984-1986). Stadt und Kreisarchiv Schmalkalden 611.

QUELLEN UND LITERATUR

Gries, Rainer; Satjukow, Silke. „Von Menschen und Übermenschen. Der „Alltag" und das „Außeralltägliche" der „sozialistischen Helden". Aus Politik und Zeitgeschichte 49, Nr. 17 (2002): 39-46.

Nolte, Hans-Heinrich. "Historischer Und Politischer Unterricht in Der DDR - Die „Deutsche Nation" Und Die Schulbücher." Internationale Schulbuchforschung 2, Nr. 2 (1980): 50–58. http://www.jstor.org/stable/43055178.

Ruske, Helmut; Sehte, Hans, „Hermann Danz", in: Rat der Stadt Schmalkalden (Hrsg.), Beiträge zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in der Stadt Schmalkalden von 1945 bis 1973. Schmalkalden 1973: 7-17.

Chronik Oberschule „Hermann Danz" Schmalkalden Teil I bis III (alle 3 Teile in Pappe gebunden) (dto. In Leder gebunden), (1945,46-1951,52; 1952,53-1962,63; 1963,64-1970,71). Stadt und Kreisarchiv Schmalkalden 618.

STADT- UND KREISBIBLIOTHEK SCHMALKALDEN
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
Professur für Neueste Geschichte/ Zeitgeschichte
Akademie für Lehrentwicklung